



DIE LINKE. im Stadtrat Fürth, Königstraße 95, 90762 Fürth

Direktorium
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
- Rathaus -
90744 Fürth

Königstraße 95, 90762 Fürth
stadtrat@die-linke-fuerth.de
www.die-linke-fuerth.de

Niklas Haupt
Gruppensprecher
Telefon: 0157 30463784

Ruth Brenner
Stellv. Gruppensprecherin

Ulrich Schönweiß

Fürth, 22.06.2023

Resolution zur Behandlung in der Sitzung des Stadtrates am 29. Juni 2023 Fürth steht für Menschenrechte – keine Haftlager an den EU-Außengrenzen für Geflüchtete

Sehr geehrter Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung,

zur Sitzung des Stadtrates am 29. Juni 2023 stellt die Stadtratsgruppe DIE LINKE die folgende Resolution:

1. Fürth tritt weiterhin für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und das individuelle Recht auf Asyl ein.
2. Der Stadtrat von Fürth lehnt daher die geplante Asylrechtsreform (GEAS) ab. Geflüchtete an den EU-Außengrenzen zu Inhaftieren ist inakzeptabel.

Begründung:

Statt endlich wirksam Fluchtursachen zu bekämpfen, setzt die EU und Ihre Mitgliedstaaten weiter auf die Bekämpfung von Geflüchteten. Der geplante Asylrechtsreform wird von der deutschen Innenministerin Nancy Faeser gar als „historischer Erfolg“ bezeichnet.

Dabei stellen die vorgeschlagenen Maßnahmen im Asylkompromiss, insbesondere die Inhaftierung von Geflüchteten, einen klaren Verstoß gegen das Recht auf Freiheit und die Würde jedes Individuums dar. Die Inhaftierung von unschuldigen Menschen, die lediglich Schutz vor Verfolgung und lebensbedrohlichen Situationen suchen, ist nicht nur unmenschlich, sondern auch eine klare Verletzung der internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Der „Kompromiss“ wird nicht dazu führen, dass weniger Menschen versuchen nach Europa zu kommen, sondern, dass sie sich auf noch gefährlicher Fluchtrouten begeben und noch mehr Menschen auf diesem Weg verletzt, traumatisiert und getötet werden.

Statt Asylgründe individuell zu prüfen, will die EU-Schnellverfahren an den Außengrenzen durchführen, ohne rechtliche Vertretung, unabhängige Beratung oder Rechtsmittel für Schutzsuchende. Anstatt für Ankommende menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen, sollen sie in Grenzlagern leben, die Haftanstalten gleichen und Entrechtung zum Standard machen. Statt Geflüchteten zu ermöglichen, sich in die Gesellschaft einzubringen, plant die Bundesregierung deren Abschiebungen und Inhaftierungen.

Die riesigen Herausforderungen von Wohnraumnot, Gesundheitskräftemangel, Klimaschutz oder Kita-Knappheit brauchen politische Lösungen. Anstatt sie anzugehen, fordert die Bundesregierung Abschottung und Verhinderung von Flucht und Migration und bedient damit eine Scheindebatte.

Fürth sollte hier ein klares Zeichen für Menschenrechte und Solidarität setzen.

Mit Freundlichen Grüßen


Niklas Haupt


Ruth Brenner




Ulrich Schönweiß